

Der erbitterte Machtkampf in Washington, von dem das Schicksal der Ukraine abhängt



Von **Clemens Wergin**
Chefkorrespondent Außenpolitik

Veröffentlicht am 25.11.2025 | Lesedauer: 6 Minuten



Auf dem Papier so mächtig wie einst Henry Kissinger:
Marco Rubio

Quelle: NATHAN HOWARD/AFP

In der US-Regierung arbeiten zwei Lager gegeneinander – ein russlandfreundliches und eines, das kritisch auf Moskau blickt. Außenminister Rubio steht für den traditionelleren Ansatz der Republikaner. Aber selbst wenn er wollte, dürfte er nicht zu weit gehen.

Die amerikanische Ukraine-Politik erscheint derzeit wie ein unkoordiniertes Durcheinander. Erst lässt sich die US-Regierung von den Russen einen gänzlich einseitigen Friedensplan in den Block diktieren, dann rudert sie bei den Verhandlungen in Genf wieder zurück und zeigt Bereitschaft, ukrainische und europäische Bedenken zu berücksichtigen. Das Hin und Her ist damit zu erklären, dass das prorussische und das russlandkritische Lager innerhalb der Trump-Regierung gegeneinander arbeiten.

Der 28-Punkte-Plan etwa wurde von Steve Witkoff (<https://www.welt.de/politik/ausland/article6920dd7518b978b3b9f54c8d/ukraine-krieg-witkoff-muss-einen-psychiater-aufsuchen-wie-sich-europa-ueber-trumps-plan-empoeert.html>) verhandelt, der wenig Kenntnisse von Osteuropa hat und deshalb in den Augen seiner Kritiker anfällig für russische Manipulationsversuche ist. In Genf hingegen war es dann Marco Rubio, Nationaler Sicherheitsberater und Außenminister in Personalunion, der sich offener zeigte für europäische und ukrainische Einwände und half, die schlimmsten Ideen des 28-Punkte-Plans zu entschärfen und der auch das Ultimatum abräumte, wonach die Ukraine dem Plan bis Thanksgiving am Donnerstag zustimmen müsse.

„Rubio versteht besser als viele andere in der aktuellen US-Regierung – von denen keiner ein Ukraine-Experte ist und sehr wenige irgendetwas über Russland wissen jenseits von Mythen – dass es selbst in der schwierigen Situation, in der sich die Ukraine befindet, keine Chance gibt, dass eine ukrainische Regierung eine Kapitulation unterschreiben kann“, zitiert „Politico (<https://www.politico.com/news/2025/11/24/rubio-trump-ukraine-negotiations-00667882>)“ einen europäischen Beamten.

Es ist nicht das erste Mal, dass Rubio prorussische Tendenzen der Trump-Regierung eingefangen hat. Er wird so immer mehr zum Anker für die Europäer in einer US-Regierung, deren Außenpolitik von ständigen Richtungswechseln und einem Mangel an Verlässlichkeit geprägt ist.

Marco Rubio war jahrelang eine feste Größe im transatlantischen Verhältnis und ein regelmäßiger Gast bei der Münchner Sicherheitskonferenz. Er galt früher als klassischer republikanischer Falke wie John McCain und Lindsey Graham mit Neigungen in Richtung Neokons. Weshalb es für gestandene europäische Transatlantiker wie ein Verrat anmutete, dass Rubio (<https://www.welt.de/themen/marco-rubio/>) in den vergangenen Jahren zum Trumpisten mutierte und Dinge sagte, die seinen früheren Überzeugungen diametral entgegengesetzt schienen. Rubio hatte seinen Mantel opportunistisch in den Wind gehängt und war zum Verräter an der transatlantischen Sache geworden, so der Eindruck vieler.

Nun sind die Europäer froh, dass sie einen wie Rubio in der US-Regierung haben, der hilft, die schlimmsten Entwicklungen für Europa abzuwenden. So wie Mitte Oktober, als Donald Trump nach einem Telefongespräch mit Russlands Präsident Wladimir Putin verkündete, beide würden sich zu einem Gipfel um russlandfreundlichen Ungarn treffen, um über einen Frieden zu beraten. Rubio kassierte diese Idee bald wieder ein, weil seine Gespräche mit den Russen gezeigt hatten, dass Moskau keine wirkliche Bereitschaft zu einem Kompromiss zeigte.

Wie viel Einfluss hat Rubio auf Trump?

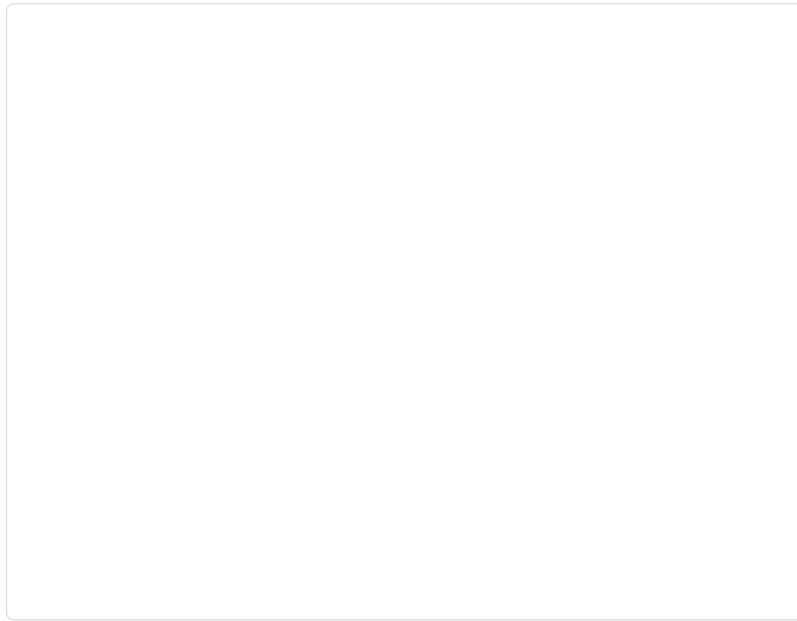
Die grundsätzliche Frage für Europa ist jedoch, wie viel Einfluss Rubio tatsächlich hat auf einen Präsidenten, der selbst immer wieder auf prorussische Positionen zurückfällt. Formal gesehen ist Rubio der mächtigste amerikanische Verantwortliche für Außen- und Sicherheitspolitik seit dem legendären Henry Kissinger in der Nixon-Regierung in den 70er-Jahren. Wie Kissinger ist Rubio in Personalunion Nationaler Sicherheitsberater und Außenminister. Im Normalfall würden alle relevanten Entscheidungen in der Außenpolitik über seinen Tisch laufen. Schließlich ist es Aufgabe des Nationalen Sicherheitsberaters, den außen- und sicherheitspolitischen Abstimmungsprozess zwischen den einzelnen Bereichen der Regierung zu koordinieren.

Doch in der Trump-Regierung ist nichts „normal“. In den ersten Monaten von Trumps Amtszeit wurde die Hälfte der Profis im Nationalen Sicherheitsrat entlassen und seitdem kaum adäquat ersetzt. Trump hasst bürokratische Prozesse und regiert eher nach der Devise teile und herrsche. Was allen möglichen Akteuren innerhalb der Regierung Chancen eröffnet, ihre eigene private Außenpolitik an Rubio vorbei zu betreiben.

Das zeigte sich etwa Anfang Juli, als auf Betreiben des ukraine-feindlichen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium, Elbridge Colby, plötzlich alle Waffenlieferungen an Kiew eingestellt wurden. Was laut US-Medien gänzlich an Rubio vorbei passiert war.

John Bolton, in Trumps erster Amtszeit selbst Nationaler Sicherheitsberater, konstatierte damals, dass die Trump-Regierung ihr wichtigstes sicherheitspolitisches Abstimmungsgremium selbst demontiert habe. „Der Nationale Sicherheitsrat stellt eine Struktur bereit für methodische und gründliche Entscheidungsfindung“, schrieb John Bolton. „Im Moment hat Trumps chaotischer Ansatz den NSC-Prozess im Kern zerstört.“

Und das, so scheint es, ist bis heute nicht repariert. Es ist jedenfalls kaum denkbar, dass der 28-Punkte-Plan über Rubios Schreibtisch ging, bevor er an die Öffentlichkeit gelangte. So hatte Rubio am Wochenende gegenüber republikanischen Senatoren gesagt, dass es sich bei dem Plan weitgehend um einen russischen Entwurf gehandelt habe, was auch sprachliche Analysen zu bestätigen scheinen. Später dementierte Rubio das, offenbar um den Eindruck zu verhindern, dass eine Hand nicht wisse, was die andere tue in der Trump-Regierung.



Tatsächlich scheinen sich in der Ukraine-Politik verfeindete Fraktionen in der Trump-Regierung gebildet zu haben, die versuchen sich gegenseitig auszuspielen. So wurde der 28-Punkte-Plan offenbar von den Ukraine-Verächtern Steve Witkoff, Vizepräsident JD Vance und auch vom Staatssekretär im Verteidigungsministerium Daniel Driscoll vorangetrieben. So berichtet der „Kyiv Independent“ unter Berufung auf Insider, Witkoff habe in den vergangenen Wochen und Monaten systematisch Freunde der Ukraine aus dem Weißen Haus gedrängt und die USA in die Hände Moskaus getrieben. In gewisser Weise ist das Ukraine-Chaos aber auch Ausdruck des anhaltenden Machtkampfes zwischen Vizepräsident JD Vance und Rubio darüber, wer mehr Einfluss auf Trump hat.

Rubios Dilemma

Vor einigen Monaten etwa wurde Rubio von einigen US-Medien als möglicher Nachfolger Trumps ausgerufen und als Mann, dem Trump am ehesten vertraut. Doch in Sachen Ukraine muss Rubio einen komplizierten Balanceakt vollziehen. Einerseits weiß er, was für Europa auf dem Spiel steht, wenn die Amerikaner die Ukraine zu einem Diktatfrieden zwingen, der Moskau Anreize schafft für weitere militärische Abenteuer. Andererseits darf er sich aber auch nicht zu sehr von Trumps tendenziell russlandnahen Positionen entfernen, wenn er weiter einflussreich bleiben will im Weißen Haus.

Die vergangene Woche zeigt jedenfalls, wie schnell sich der Wind drehen kann in der Trump-Regierung. Als am vergangenen Mittwoch der 28-Punkte-Plan öffentlich wurde, war nach Eindruck der Europäer ganz das russlandfreundliche Vance/Witkoff-Lager am Drücker, mit Trumps öffentlicher Imprimatur. Doch bis zum Sonntag in Genf schien es Rubio dann gelungen zu sein, den Verhandlungsprozess in seine Ägide zu übernehmen und wichtige Änderungen zu erwirken.

„Wir glauben, dass Marco Rubios anhaltende Involvierung in die Verhandlungen wichtig ist“, zitiert „Politico“ den Offiziellen eines Nato-Landes. Rubio ist jedenfalls innerhalb der US-Regierung die beste Hoffnung für die Europäer, einen russischen Diktatfrieden zu verhindern, der die Sicherheitsinteressen sowohl der Ukraine wie auch Europas massiv tangieren würde.

Clemens Wergin (<https://www.welt.de/autor/clemens-wergin/>) **ist seit 2020**
Chefkorrespondent Außenpolitik der WELT. Er berichtet vorwiegend über den Ukraine-Krieg, den Nahen Osten und die USA.